



SPD Fraktion

im Bezirksrat der
Landeshauptstadt Hannover

Stadtbezirk
Döhren-Wülfel

Jens Schade, Helmstedter Straße 4, 30519 Hannover

An die
Bezirksbürgermeisterin im Stadtbezirk Döhren-Wülfel
Frau Antje Kellner o.V.i.A.
Über das Amt für zentrale Dienste
Abteilung für Rats- und Bezirkratsangelegenheiten

Jens Schade
Fraktionsvorsitzender -
Helmstedter Straße 4
30519 Hannover
Tel.: 0511 / 832129
Handy: 0157-7395 53 49

mail:jens.schade@spd-doehren-wuelfel.de

Hannover, den 18.06.2021

Antrag gemäß § 94 Abs. 1 NKomVG und § 10 der GO des Rates der Landeshauptstadt Hannover in die nächste Sitzung des Bezirksrates am 08. Juli 2021

Umwandlung der Loccumer Straße in eine Fahrradstraße mit Begrenzung des Kraftfahrzeugverkehrs auf Anlieger

Verkehrsversuch für 12 Monate

Der Bezirksrat möge beschließen:

Der Bezirksrat Döhren-Wülfel fordert die Verwaltung der Landeshauptstadt Hannover auf, die Loccumer Straße in eine Fahrradstraße mit Begrenzung des Kraftfahrzeugverkehrs auf Anlieger umzuwandeln. Dies soll als 12 -monatiger Verkehrsversuch angelegt werden. In dieser Zeit werden Erkenntnisse über die Wirksamkeit des Verkehrsversuches erfasst und ausgewertet. Danach wird entschieden, ob die Maßnahme dauerhaft erhalten bleibt. Die BI Loccumer Straße ist in die Planungen einzubeziehen; die Ergebnisse des vom Stadtbezirksrat Döhren-Wülfel beschlossenen „Runden Tisches“ sind zu berücksichtigen,

Begründung:

In der Loccumer Straße befinden sich zwei Grundschulen und eine Kita. Viele Schüler*innen und Eltern dieser Einrichtungen kommen mit dem Fahrrad. Um eine



SPD Fraktion

im Bezirksrat der
Landeshauptstadt Hannover

Stadtbezirk
Döhren-Wülfel

Jens Schade

Fraktionsvorsitzender -
Helmstedter Straße 4
30519 Hannover
Tel.: 0511 / 832129
Handy: 0157-7395 53 49

mail:jens.schade@spd-doehren-wuelfel.de

gefahrlosere Erreichung dieser Einrichtungen zu gewährleisten, ist die Einrichtung einer Fahrradstraße sinnvoll und notwendig. Der Vorrang für Radfahrer*innen bewirkt eine Verlangsamung des Verkehrs und mehr Sicherheit, auch für Fußgänger*innen.

Die geltende Rechts- vor links-Regelung sowie das Verbot für LKW sollen erhalten bleiben.

Für diesen, erst einmal auf 12 Monate begrenzten Versuch soll es begleitende Verkehrszählungen und Befragungen geben.

gez. Jens Schade, Fraktionsvorsitzender